

Protokoll der außerplanmäßigen GO-Versammlung zum "Fehlverhalten" eines Mitarbeiters

Das Verbot der Monatszeitschrift "Sputnik" löste in der DDR allerorts Proteste aus. Auch Stasi-Angehörige schrieben Beschwerdebriefe an das Zentralkomitee der SED. Bei anschließenden Aussprachen sollten sie ihren kritischen Standpunkt zu der Zensurmaßnahme aufgeben. Auf einer außerordentlichen Versammlung der zuständigen SED-Grundorganisation wurde das Fehlverhalten eines Mitarbeiters der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) erörtert.

Fast alle Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit waren SED-Mitglieder. Ihre Parteiführung aber war in den vorangegangenen Monaten auf Distanz zur sowjetischen "Bruderpartei" gegangen. Das schuf gerade für die Stasi-Offiziere eine höchst problematische Situation, weil sie ein besonders enges Verhältnis zu den "Freunden" pflegten, sich sogar - nach sowjetischem Vorbild - selbst als "Tschekisten" bezeichneten.

Gerade SED-Mitglieder waren über eine demonstrative Maßnahme erbost, die im November 1988 wahrscheinlich auf Weisung Erich Honeckers ergreifen worden war: Man hatte die (deutschsprachige) sowjetische Zeitschrift "Sputnik" verboten. Dagegen gab es Hunderte von Protestschreiben, die aus allen Teilen der Republik beim SED-Zentralkomitee eintrafen, darunter sogar von einzelnen MfS-Offizieren. Einen Bericht darüber, wie mit ihnen verfahren worden ist, legte im Januar 1989 die Kontrollkommission der SED vor, die im Ministerium für Staatssicherheit auf die Parteidisziplin zu achten hatte. Interessant an diesem Bericht sind nicht so sehr die Protestschreiben selbst, es waren doch relativ wenige, als vielmehr, wie gimpflich die "Übeltäter" davongekommen sind. Sie hatten durchaus Rückendeckung in ihrem beruflichen Umfeld.

Gerade für solche Geheimnisträger zog dies eine Aussprache vor der Parteikontrollkommission (PKK) nach sich. Der Leiter der Parteikontrollkommission im MfS, Oberst Johannes Schindler, berichtet abschließend über einige Parteverfahren. Sie sind auf Veranlassung der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED gegen MfS-Offiziere durchgeführt worden, die schriftlich gegen das "Sputnik"-Verbot protestiert haben.

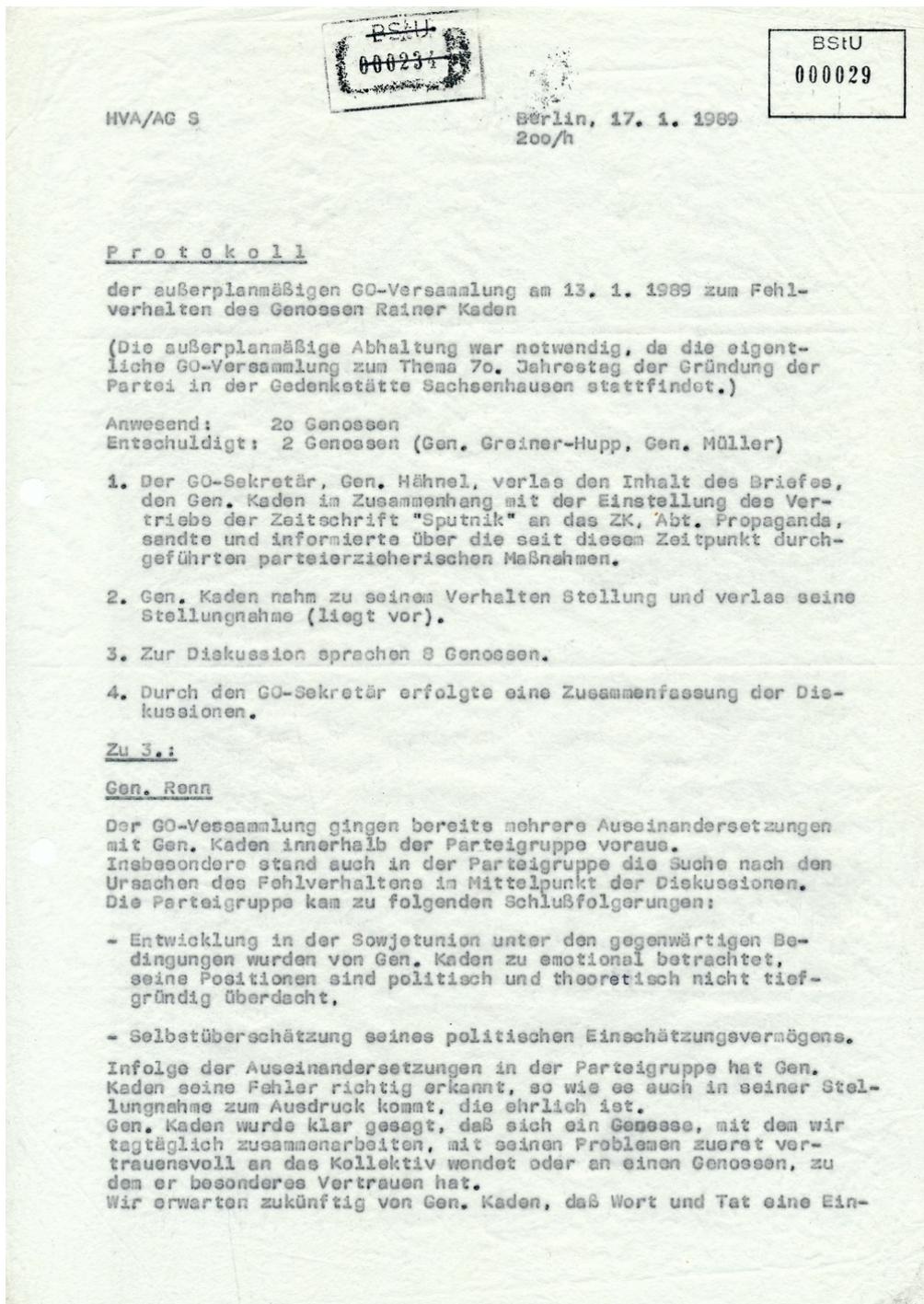
Einer der Fälle, über die Schindler berichtet, betrifft den 55-jährigen Diplomjuristen Rainer Kaden aus der Hauptverwaltung Aufklärung / Arbeitsgruppe Sicherheit (AG S). Diese Arbeitsgruppe ist zuständig für die innere Sicherheit der Spionageabteilung. Sein "Fehlverhalten" wird in einer außerordentlichen Versammlung der zuständigen SED-Grundorganisation erörtert. Das Protokoll dieser Sitzung ist aufschlussreich, weil es etwas von der Atmosphäre verrät, in der solche Disziplinierungsversuche Anfang des Jahres 1989 abliefen.

Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4581, Bl. 29-32

Metadaten

Diensteinheit: Hauptverwaltung Urheber: MfS
Aufklärung/ AG S Datum: 17.1.1989
Rechte: BStU

Protokoll der außerplanmäßigen GO-Versammlung zum "Fehlverhalten" eines Mitarbeiters



Protokoll der außerplanmäßigen GO-Versammlung zum "Fehlverhalten" eines Mitarbeiters

BStU
000236-3

BStU
000030
/2

heit bilden.
Gen. Kaden genießt auch weiterhin im Kollektiv unser volles Vertrauen.

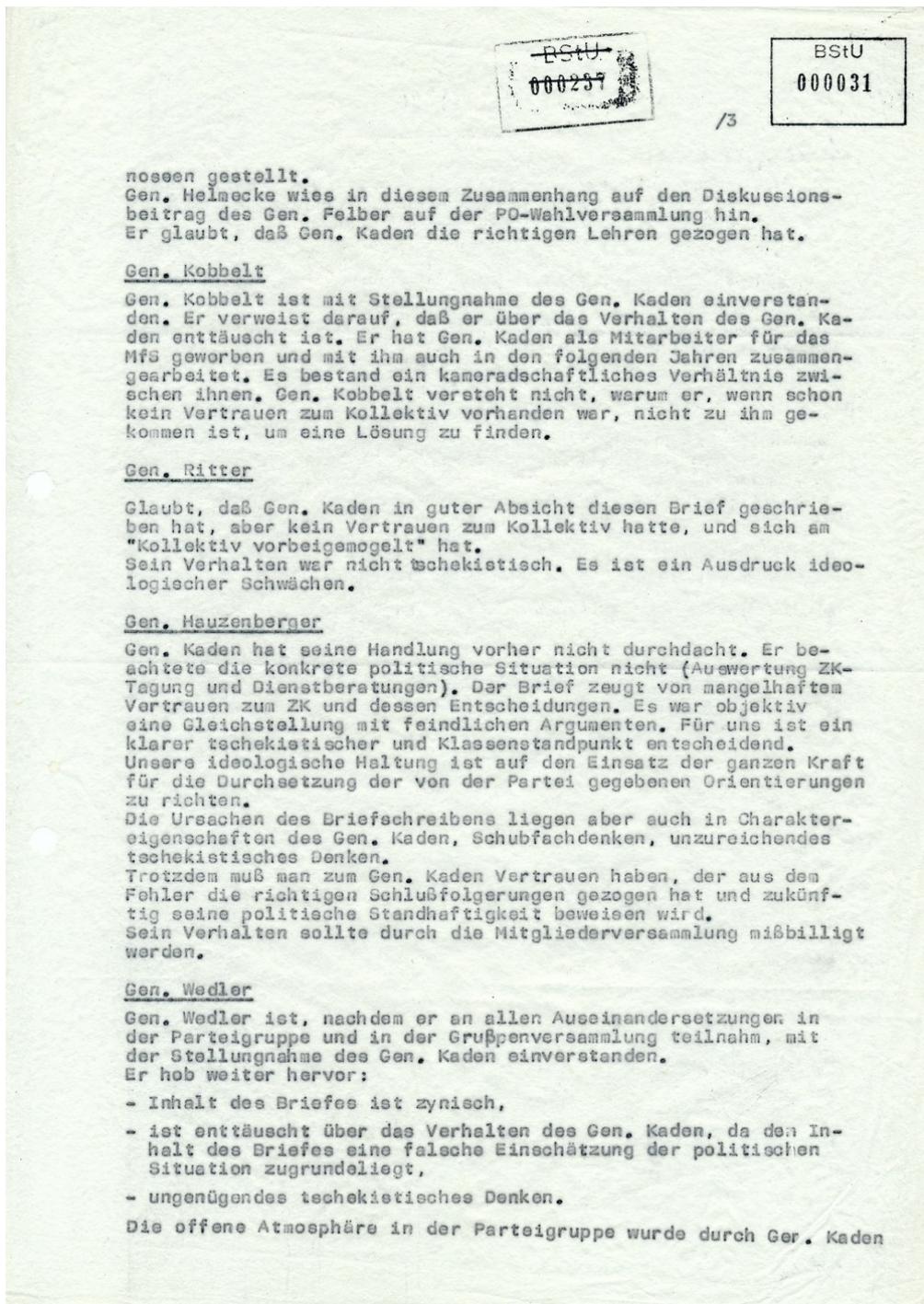
Gen. Schumann
Gen. Schumann befürwortete die Einschätzung der Parteigruppe 2 und die Stellungnahme.
In seiner weiteren Diskussion hob er hervor

- alle Probleme müssen offen ausdiskutiert werden - das gilt für jeden Genossen. Wichtig ist dabei das Vertrauen zum Kollektiv.
- Es ist zu verurteilen, wenn Gen. Kaden, ohne vorher mit irgend jemandem aus dem Kollektiv zu sprechen, diesen Brief an das ZK sandte.
- In unserer GO ist es üblich, daß alle Fragen offen diskutiert werden. Für ideologische Unklarheiten wird keiner "bestraft". Jeder Genosse hat das Recht, sich an das ZK zu wenden. Vertrauen heißt aber, mit den Genossen zu beraten, die unklaren Fragen zu klären. Die Art und Weise, wie das im konkreten Fall geschah, entspricht nicht unseren Normen bewußter politischer Disziplin.
- Der Inhalt des Briefes ist sehr subjektiv, da
 - Gen. Kaden den Leserkreis des "Sputnik" nicht einschätzen kann,
 - unterstellt dem ZK, daß die Nichtherausgabe des "Sputnik" nicht durchdacht und mit dem Postministerium nicht abgestimmt war,
 - unterstützt dadurch objektiv letztlich gegnerische Argumentationen und feindliche Einflüsse.

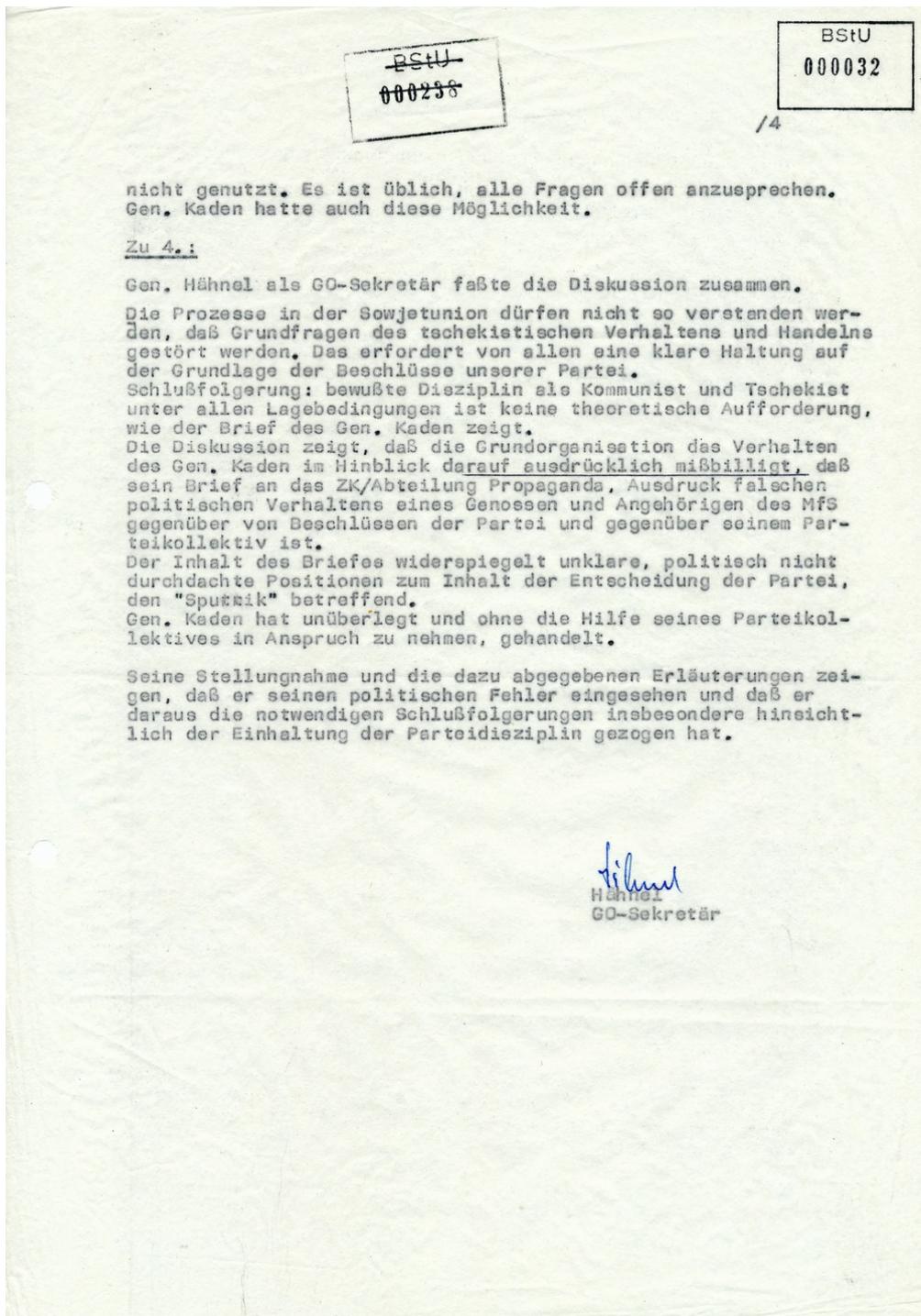
Gen. Nitsch
Gen. Nitsch ist mit den Begründungen und den Diskussionen einverstanden. Sie glaubt jedoch, daß Gen. Kaden in der Diskussion, die im Zusammenhang mit der Einstellung des "Sputnik" in der Parteigruppe geführt worden ist, keine für sich befriedigende Antwort fand und er deshalb diesen Brief an das ZK sandte, ohne das Problem vorher nochmals richtig zu durchdenken. Er hat spontan gehandelt.

Gen. Helmecke
Gen. Helmecke hob hervor, daß über die Problematik "Sputnik" in allen Parteigruppen und Parteikollektiven, auch außerhalb der GO, Diskussionen geführt wurden. Besser wäre es gewesen, wenn die Artikel im Neuen Deutschland dazu schneller erschienen wären. Die Reaktion des Gen. Kaden war spontan und zeugt von wenig Vertrauen zum Kollektiv.
Durch seine Handlungsweise hat er sich, ob gewollt oder nicht, auf eine Stufe mit ideologisch unklaren Personen und auch Ge-

Protokoll der außerplanmäßigen GO-Versammlung zum "Fehlverhalten" eines Mitarbeiters



Protokoll der außerplanmäßigen GO-Versammlung zum "Fehlverhalten" eines Mitarbeiters



Signatur: BArch, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4581, BL 29-32

Blatt 32